

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis RM. 4.50 vierteljährlich, RM. 1.60 monatlich
frei ins Haus geliefert; durch die Post im inländischen
Bezug RM. 4.05 mit 90 Pfg. Postzuschlag.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Kellamezette
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Maß.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Abdrucknahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99. in Schönbach durch St. Kaisergera.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei

Schriftleitung: Ch. Gack, bste in Wildbad. Fernsprecher Nr. 21.

Nr. 42

Freitag, 20. Februar 1920

Jahrgang 54

Nachkriegsspiele in Amerika.

Auch im Lande des großen Kriegsgewinners und Kriegsgewinners gibt man sich jetzt daran, schmutzige Wäsche zu waschen. An Stoff ist kein Mangel. Die Flotte, die Luftflotte, die Nahrungsmittellieferungen, die Kriegsauszeichnungen befinden sich seit Wochen unter dem Brennglas von Untersuchungsausschüssen, und man hat Sonnenlecke von erheblicher Größe festgestellt, ohne schon ins Ende gekommen zu sein. Die größte Aufregung hat sich indes merkwürdigerweise nicht an die Milliarden-dollarandale geknüpft, sondern an die Kriegssorden. Die Verstimmung ist soweit gediehen, daß verschiedene der Auszeichnungen sogar ihre Münzen und Bänder zurückgeschickt haben, weil sie nicht denselben Orden tragen wollen, den ein heimischer Spekulant auch trägt. Am schlimmsten haben sich die Dinge bei der Marine entwickelt, wo der Marineminister Daniels und der Admiral Sims aufs härteste aneinandergeraten sind. Sims zieht Daniels vor, er habe die Vorschläge willkürlich abgeändert oder übersehen und habe auch etwas Betterle-wirtschaft getrieben, indem er zum Beispiel seinen eigenen Schwager, der sein Schiff im Kampf gegen ein U-Boot verlor, ausgezeichnet habe, obwohl es ein alter Sack sei, daß der Führer eines Schiffes, das zu Schaden gekommen, nun eben die Folgen zu tragen habe, auf keinen Fall aber ausgezeichnet werden dürfe. Daniels ging zum Gegenangriff vor und behauptete, Sims habe von der halben Million Seeleute nur 119 zur Auszeichnung vorgeschlagen, und er habe sogar den Konteradmiral Henry Wilson nicht auf die Liste gesetzt; Sims habe zudem in einem Brief an Daniels die beabsichtigte Ernennung Wilsons zum Chef der Atlantischen Flotte als einen großen Irrtum bezeichnet. Sims sei übrigens niemals als Oberkommandierender nach Europa gesandt worden; Admiral Maho sei ein amerikanischer Admiral gewesen. Sims habe Landdienst gehabt und seine Aufgabe habe darin bestanden, Vorschläge zu machen, Informationen und Tatsachen zu übermitteln und im übrigen Befehlen nachzukommen. Sims hat wiederum wa t e nun seinerseits mit Enthüllungen auf, indem er am 19. Januar vor dem Untersuchungsausschuß des Senats erklärte, vor seiner Ausreise in die europäischen Gewässer im März 1917 sei ihm im Marineministerium gesagt worden, er möge sich nicht von England Sand in die Augen streuen lassen; Amerika habe kein Interesse daran, für England die Kasernen aus dem Feuer zu holen, und Amerika würde gerade so gern gegen England kämpfen wie gegen Deutschland. Daniels hat sich inzwischen, wie berichtet, zu der Anerkennung bekannt. Sims aber geht weiter gegen Daniels vor, wie aus der folgenden Meldung zu ersehen ist:

Washington, 19. Febr. Admiral Sims erklärte vor dem Hottenausschuß des Senats, daß Marineminister Daniels während des Kriegs eine faumacherische Politik getrieben habe, die mehr im Widerspruch stand mit dem Geist der Marine, als die schlimmsten Formen von Bolschewismus bei einer organisierten Regierung. Es würde ein nicht zu unterschätzender Nachteil entstehen, wenn nicht etwas unternommen würde, um diese Politik mit der Wurzel auszurotten.

Neues vom Tage.

Das Verfahren des Reichsgerichts gegen die Beschuldigten.

Berlin, 18. Febr. Der Oberreichsanwalt Schweigert äußerte einem Mitarbeiter der „Vossischen Ztg.“ gegenüber, gewisse Richtlinien für das Leipziger Verfahren hätten schon fest. Diese seien durch das Gesetz vom 18. Dezember 1919 gegeben. Im Rahmen dieses vielleicht durch eine Novelle zu erweiternden Gesetzes, das eigentlich für inländische Vergehen bestimmt war und das übrigens eine Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes notwendig mache, werde die technische Durchführung der bevorstehenden Prozesse erfolgen. Es schweben bereits bei der Reichsanwaltschaft Ermittlungsverfahren.

Berlin, 19. Febr. Der „Frankf. Ztg.“ wird von hier gemeldet: Gestern hat sich das Reichskabinett mit der Antwort der ersten beschäftigt. Der Deffentlichkeit soll vorerst nichts weiter mitgeteilt werden. Man darf dar-

aus schließen, daß die Reichsregierung bereit ist, sich mit der durch die Ententeantwort geschaffenen Lage in der Auslieferungsfrage abzufinden. Das Reichsgericht wird also nunmehr mit seiner Spruchstätigkeit beginnen, sobald die Voruntersuchungen abgeschlossen sind. Der Oberreichsanwalt wird mit Reichsjustizminister Schiffer Rücksprache nehmen, um einige Punkte klarzustellen, in denen Rückfragen notwendig sein dürften.

Verbanung?

Basel, 19. Febr. Die Presse-Information meldet aus London, die Verhandlungskonferenz habe einstimmig den englisch-französischen Antrag angenommen, daß der Kaiser und der Kronprinz nie wieder nach Deutschland zurückkehren dürfen.

Die Versorgung der Kriegsgeschädigten.

Berlin, 19. Febr. Das neue Versorgungs-gesetz hebt die Unterschiede zwischen Offizieren und Mannschaften hinsichtlich der Entschädigungen auf; Beschädigten in der Friedensdienstzeit werden den Kriegsverletzungen gleichgestellt. Witwen mit Kindern werden als erwerbsunfähig betrachtet und so entschädigt, daß sie nicht gezwungen sind, einem Erwerb nachzugehen. Die Kriegsgeschädigten erhalten einen Rechtsanspruch auf Heilbehandlung, Ersatzglieder usw. Die Rente soll voraussichtlich nach Beruf, Kenntnissen und Fähigkeiten gestuft werden. In den Renten werden Orts- und Teuerungszuschläge gewährt.

Washington, 19. Febr. Konteradmiral Benson, der während des Kriegs die amerikanische Flotte befehligte, ist zum Vorsitzenden des Schiffsahrtsamts ernannt worden.

Präsident Deschanel.

Paris, 19. Febr. Im Präsidentenpalast Clujee fand gestern nachmittag die Uebergabe der Präsidentenwürde von Poincaré an den bisherigen Kammerpräsidenten Deschanel mit der üblichen Formlichkeit statt. Poincaré sagte, während der 7 Jahre der Präsidentschaft müsse Deschanel ohne Unterlaß darüber wachen, daß der Friedensvertrag genau durchgeführt werde. Schon jetzt zeige Deutschland sich dazu nicht mehr geneigt. Es werde seine Aufgabe sein, die französische Außenpolitik fortzusetzen, die Bündnisse zu erhalten und den Völkerbund zu bereistigen.

Der neue Präsident der Republik Deschanel wird eine große Zahl von Begnadigungen für militärische und andere Vergehen vornehmen. Nur Vergehen gegen das Vaterland sind ausgeschlossen.

Französische Anleihe in England.

London, 19. Febr. (Havas.) Im Unterhaus teilte der Schatzkanzler mit, daß die englische Regierung der Ausgabe einer französischen Anleihe in London zugestimmt habe. Die Anleihe sei ausschließlich für Einkäufe in England bestimmt.

Vertrauensbruch in der Verhandlungskonferenz.

London, 19. Febr. Auf eine Anfrage erklärte Schatzminister Bonar Law im Unterhaus, man habe feststellen müssen, daß seit der Verlegung der Verhandlungskonferenz nach London auf irgendeinem Wege gewisse Nachrichten in die Welt hinaus gegeben werden. Die Vertreter der Mächte seien einig, daß diesem Zustand, der auf den Verlauf der Verhandlungen schädlichen Einfluß haben könnte, ein Ende gemacht werden müsse.

Die englische Abrüstung.

London, 19. Febr. Der Vorschlag für das Heer für 1920/21 beträgt 125 Mill. Pfund (2 1/2 Milliarden Goldmark). Der Personalstand des regulären Heers beträgt 525 000 Mann, der allmählich auf 280 000 Mann verringert werden soll. (Daneben wird eine Landwehr von 316 000 Mann errichtet.)

Der Papst gegen die Kirchenreformen in Tschechien.

Rom, 19. Febr. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht ein päpstliches Schreiben an den Bischof von Prag, daß der Heilige Stuhl den in Tschechien verlangten Reformen wie Erlaßnis der Priesterhehe nicht zustimmen könne. Das Erlaßnis solle den reinen Ruhm der römischen Kirche dar.

Neues Kabinett in Serbien.

Belgrad, 19. Febr. Besenitsch, der Vertreter Serbiens auf der Friedenskonferenz, hat den Auftrag zur

Bildung eines neuen Ministeriums angenommen. Das Abgeordnetenhaus (Skupstina) ist gestern nach einer Vertagung von vier Monaten zusammengetreten.

Die Türken im Zweifromland.

Haag, 19. Febr. Dem „Nieuwe Courant“ zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach türkische Streitkräfte Mustafa Kemal in der Gegend von Zeitum die Armenier angegriffen haben und jetzt gegen Bagdad vorgehen. Bisher seien 7000 Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Kerenski verhaftet?

Kopenhagen, 19. Febr. Schwedische Zeitungen melden, Kerenski habe sich auf einem englischen Dampfer nach dem Kaukasus begeben, um mit der dortigen Bevölkerung über eine Unterstützung der Parteien Russlands zu verhandeln. Dabei sei er feindlich aufgenommen und zuletzt in Baku verhaftet worden.

Das Ende der kommunistischen Wirtschaftsmethode in Rußland.

Moskau, 18. Febr. Die „Iswestija“, das amtliche Organ Lenins, kündigt durch ein Dekret die Auflösung der Fabriksräte, d. h. der Betriebsräte in den Fabriken, an, weil sie anstatt Ordnung in den Industriezentren zu schaffen, große Schäden verursacht, die Arbeiterschaft unzufrieden und zur schließlichen völligen Fehlführung der Fabriksrichtungen geführt hätten.

Damit ist ein Entwicklungsvorläufig abgebrochen, die seit vielen Monaten bereits sichtbar in dem kommunistischen Wirtschaftsleben Sowjetrußlands vollzogen hat. Schon der altrossische Arbeiter-Fachkongress, der Ende Januar 1919 in Moskau tagte, sprach sich für die Wiedereinführung der Akkordarbeit und das Prämiensystem aus. Für eine Reihe von Berg- und Metallindustrien wurden diese sofort eingeführt; die Leistung stieg um 40-50 Prozent. Nicht ganz ein halbes Jahr später wurden durch Regierungsdekret die Streiks verboten. Mit diesem Dekret war der erste Schritt zur Rückbildung auf das alte System getan. Weitere folgten. Die Einführung des Arbeitsminimums der Akkordarbeit, des Prämiensystems, der Arbeitspflicht, des 12-Stundentags. Hier und da wurden Versuche gemacht, die alten Fabrikdirektoren wieder in ihre Stellen einzuführen. Lenin beobachtete diese durch den Zwang der Verhältnisse notwendig gewordenen Selbsthilfe; jetzt ist mit dem erwähnten Dekret über die Auflösung der Fabriksräte und der Komitees der Arbeitervertreter, das vollkommene Hinsio einer wirtschaftlichen Theorie und Praxis besiegelt, das den sozialökonomischen Utopien der Bolschewisten ein Urteil spricht, wie es vernichtender nicht jedwagt werden kann.

Beltingfors, 18. Febr. Trojki erklärte dem Zentralratkomitee, daß die Arbeitspflicht strengstens durchgeführt werde. Ferner sei die Einführung von Akkordlöhnen notwendig. Neue Arbeitsarmeen würden im Uralgebiet sowie in der Ukraine gebildet.

Unruhen in Genua.

Mailand, 11. Febr. Seit einigen Tagen hat sich die Spannung in der Metallindustrie in Genua verschärft. Die Arbeitgeber drohten, die Betriebe zu schließen. Die Arbeiter brangen gewaltsam in die Fabriken ein und bildeten Arbeiterräte. Polizei und Militär schritt ein, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam.

Kohlennot in Italien.

Mailand, 19. Febr. Nach dem „Corriere della Sera“ ist die Kohlenkrise in den letzten Tagen besonders schwierig geworden. Das Verkehrsministerium bereitet ein neues Dekret vor, das Einschränkungen im Kohlenkonsum und neuerliche Einschränkungen im Eisenbahnverkehr vorsieht. Es soll auch eine Erhöhung der Personenn- wie der Gütertarife der Eisenbahn in Aussicht genommen werden.

Die Bewehrung der englischen Schlachtschiffe.

London, 19. Febr. „Daily Chronicle“ meldet, daß England binnen kurzem keine Schlachtschiffe mit 30,5 cm Geschützen mehr haben wird. Die neuen Schiffe werden Geschütze von 34,30 und 40,64 cm und möglicherweise noch schwereren Kalibers führen. Die Schlachtschiffe mit schwächeren Geschützen sollen ausgereicht werden. Darunter befinden sich vermutlich 9 Dreadnoughts, die verkauft werden sollen.

Der Staatsbankrott.

Schwieriger, als einen Krieg zu finanzieren, ist es zu allen Zeiten gewesen, die Finanzwirren zu lösen, die sich nach dem Ende eines Kriegs, insbesondere eines verlorenen Kriegs, einstellen. Man ist beinahe geneigt, zu glauben, daß, wenn das deutsche Volk und der deutsche Staat bis zu diesem Tag es fertig gebracht haben, zu zittern, ohne sich total bankrott zu erklären, sie eine solche Lebenskraft bewiesen haben, daß sie auch den noch kommenden unheilvollen Ereignissen gewachsen sein dürften.

Aber ebenso wie in früheren Zeitaltern verbrecherischer Inverstand und selbsttätige Spekulationswut bei der Hand waren, einen Staatsbankrott zu erzwingen, so zeigen sich solche Bestrebungen auch in unseren Tagen. So wie heute die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen, sind aber die Berechnungen beider Gruppen von Bankrottianwälten völlig hinfällig; denn sie verkennen vielerlei. Zunächst übersehen sie vollkommen die Tatsache, daß wir in den Angelegenheiten unserer Staatsfinanzen nur noch eine Scheinfreiheit besitzen, während die tatsächliche Entschuldigtheit hierüber der Wiedergutmachungskommission zusteht. Würde das Rezept der Bankrottfreunde durchgeführt, so könnte es sich nur darum handeln, daß Reich, Staaten und Gemeinden keinem Deutschen mehr Zinsen aus öffentlichen Anleihen bezahlen oder daß sie sogar diese Anleihen selbst den deutschen Gläubigern gegenüber für nichtig erklären. Glauben diese aber, daß die Entente dann nicht sofort ihre Hand auf alle Wertgegenstände legen würde, die uns noch blieben? Wir würden also durch einen Staatsbankrott nur einen Bankrott aller deutschen Privatwirtschaften erreichen, unsere Lage dem bisherigen Feinde gegenüber aber in keiner Beziehung verbessern, sie vielmehr nur noch gewaltig verschlechtern.

Nun gibt es aber nicht nur Anleihevernichtung und Zinszahlungseinstellung als Spielarten eines Staatsbankrotts, sondern noch zahlreiche andere, weniger schroffe Formen eines solchen, ja selbst die Umwandlung einer Metallschuld des Staats in eine Papierschuld ist eine häufig genug vorkommende Staatsbankrottform. Dann aber leben wir, ohne es zu wissen, bereits seit Jahr und Tag unter dem Staatsbankrott, haben uns sogar in zahlreichen Beziehungen mit dieser seiner immerhin milden Form teilweise schon abgefunden, wenigstens in den Kreisen, denen die gewaltigen Lohn- und Gehaltsenthebungen zugute kommen. Wir lernen weiter hieraus, daß es keineswegs irgend einer Regierungskundgebung bedarf, durch welche der Staatsbankrott erklärt wird, sondern daß ein Staatsbankrott einfach eine Tatsache ist, nämlich der Zustand der Nichterfüllung finanzieller Verpflichtungen des Staats. Daß bisher alle verantwortlichen deutschen Stellen gegen eine Bankrotterklärung Stellung genommen haben, ist ein erfreuliches Zeichen. Und so traurig es auch um uns finanziell bestellt sein mag, so wertlos und sinnlos wäre die künstliche Herbeiführung eines durch Anleiheannullierung oder Zinseinstellung sich ausbreitenden Staatsbankrotts.

In fast allen Fällen wird es empfehlenswerter sein, selbst mit den schärfsten Mitteln den Eintritt jenes Staatsbankrotts zu hintanzuhalten. Solange insbesondere die Möglichkeit der Ansetzung ertragreicher Steuern vorhanden ist oder auch die unerläßliche Erfassung geschätzter Kapitalien, indem diese, gleichviel wo sie sich befinden, als der Entente verfallen erklärt werden, oder die Einführung gewisser Monopole, wäre es geradezu Selbstmord, die Unzulänglichkeitserklärung von Anleihen und dergleichen ernsthaft als ein Rettungsmittel zu denken. Auch würde ein Staat, der energisch und kräftig genug wäre, einen Arbeitszwang zu beschließen und durchzuführen, um Befehlsentscheidungen aufzuhalten — die allerdings, wenn sie anhalten, einen Staatsbankrott schlimmster Art herbeiführen müssen — im Inland wie im Ausland sich mehr Kredit, auch moralischen, verschaffen, als der verfrüht zur Bankrotterklärung geneigte Staat.

Die deutsche Not ist eine europäische, eine Weltnot. Nur dem Grade nach ist die finanzielle Lage beispielsweise Frankreichs, Italiens, ja selbst Englands, eine andere als die deutsche. Ein deutscher Staatsbankrott in schroffer Form wäre ein Erdteilbankrott und würde zunächst bedeuten, daß die bolschewistische Kampffront von der Berezina an den Rhein verlegt wird. Dämmert diese Erkenntnis nicht sehr schnell und umfassend den führenden Staatsmännern der Ententestaaten, so wird kein Mittel gegen diese Entwicklung stark genug sein. Anderenfalls ist es wohl auch heute noch nicht zu spät, durch eine wirtschaftliche und finanzielle Arbeitsgemeinschaft der Staaten, Europa, und zwar nicht nur seine Staats-, sondern auch seine Privatwirtschaften vor völligem Ruin zu bewahren.

Prozess Erzberger—Helfferich.

Berlin, 18. Febr.

Gestern wurde der Fall Wolff verhandelt. Helfferich behauptet, daß Erzberger enge Beziehungen zu dem profanen Eisenhandelsunternehmen Wolff in Köln unterhalten habe, dessen Mitinhaber Strauß dem Minister seine Stellung als Geh. Regierungsrat verdanke und dessen Millionen-Ausführungsgewinne auf Bevorzugung durch die Erzberger nahestehenden Behörden beruhen. Die Firma habe eine üppige Gastlichkeit unterhalten, an der hochgestellte Beamte teilnahmen.

Erzberger verweist dagegen auf die Gastmähler der Hamburg-Amerika-Linie, an denen Helfferich teilgenommen habe. Er sei an der Ernennung Strauß zum Geheimen Regierungsrat unbeteiligt. Die Firma Wolff sei in keiner Weise begünstigt worden. Er habe mit Strauß und anderen gelegentlich gefrühstückt, weil er aus Zeitmangel wichtige Unterredungen beim Frühstück erledigen mußte.

Dr. Alsbach fragt, ob Erzberger nicht seinen Freunden kurz vor Friedensschluß erklärt habe, der Friede würde unter allen Umständen geschlossen werden, und ob

darauf mit Winken des Nebenklägers Beweisaufnahmen in der Schweiz vorgenommen worden seien.

Erzberger erwidert, seine bekannte Stellung in der Friedensfrage habe er in den Beratungen seiner Fraktion selbstverständlich dargelegt. Wie weit dies nach außen hin bekannt geworden sei, wisse er nicht. Wink in dieser Richtung habe er niemand gegeben.

Helfferich: Wie kam es, daß Herr Wolff, der Kompanion des Herrn Strauß, zum Generalkommissar für das besetzte Gebiet ernannt worden ist?

Erzberger: Herr Wolff ist mir von Geheimrat Berger aufs wärmste empfohlen worden. Marschall Foch hat übrigens kurz darauf erklärt, daß er einen derartigen Generalkommissar überhaupt nicht dulde.

Helfferich: Ist Ihnen bekannt, daß die Firma Wolff selbst sehr große Geschäfte mit Deeresgut gemacht hat?

Erzberger: Das weiß ich nicht. In seiner Stellung als Reichskommissar hat Herr Wolff sicher keine Geschäfte gemacht.

Zeuge Strauß versichert, daß die Leitung der Firma Wolff seit 1914 ganz in den Händen seines Teilhabers gelegen, daß Herr Erzberger ihm keine geschäftlichen Winke gegeben und mit seiner Ernennung zum Geheimrat nichts zu tun gehabt habe. Dasselbe bekundet auch Zeuge Wolff.

Es folgt der Fall Richter. Ein Angestellter im Büro Erzberger, von der Koll, befand sich in einer geschäftlichen Privatangelegenheit mit dem Ausschuss für Zette und Dele in Streit. Wie Erzberger zugibt, schrieb ihm dieser einen Brief, er könne aus Holland Dele einführen und wolle Leuten, die damit zu tun hätten, drei Prozent zur Verfügung stellen. Während Erzberger erklärt, den Mann zur Rede gestellt und den Brief zurückgegeben zu haben, stellt Rechtsanwalt Alsbach fest, daß der Brief beschriftet weitergegeben worden sei. Erzberger erklärt, sich zu irren. — Später hat Koll eine Firma mitbegründet, die ein Patent Richter herstellen wollte, das lediglich für Eisenbahnbehörden in Frage kam. Erzberger war mit 40 000 Mark und 40 Prozent am Gewinn beteiligt. Die Firma hat einen einzigen kleinen Auftrag erhalten und nicht ausgeführt.

Zeuge Koll erklärt, er und Erzberger hätten ihr Geld verloren.

Geh. Rat Hoogen vom Eisenbahnministerium sagt aus, daß ein Schreiben von Erzberger, als er schon Staatssekretär war, an den Eisenbahnminister einzugehen, worin er bat, der Firma Gelegenheit zu geben, das Patent vorzuführen.

Helfferich stellt hierbei einen Widerspruch fest gegenüber einer neulichen Aussage Erzbergers, daß er nie zugunsten einer Privatfirma eine Vermittlung beim Eisenbahnminister unternommen habe.

Erzberger erklärt dies als eine irrthümliche Auffassung.

Die Verhandlung wird hierauf auf Freitag vertagt.

Neues vom Tage.

Jahresversammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 18. Febr. Der Bund der Landwirte hielt nach sechsjähriger Pause gestern in Berlin unter großer Beteiligung seine 27. Hauptversammlung im Zirkus Dusch ab. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Köstler, führte aus: „Wer hätte geglaubt, daß der deutsche Geist so tief sinken werde. Die sozialistischen Ideen haben uns schon in die Katastrophe hineingebracht. Die Kreise, die früher über Klassenherrschaft klagten, treiben jetzt rücksichtslose Klassenherrschaft. Wir haben nicht einmal ein parlamentarisches Regierung, sondern eine reine Parteiregierung. (Stürmischer Beifall.) Autorität kennt man nicht mehr. Unsere traurige Saluta ist die Folge der planlosen Finanzpolitik Erzbergers. Die Kunst, Geschäft mit dem Mandat zu verbinden, ist auch eine Erfindung der neuen Zeit. (Stürmischer Beifall.) Die alte Zeit war dafür zu rüchständig. Die Steuererhöhung macht den Wiederaufbau unmöglich.“ Der Redner gebot darauf Wilhelm II. Die Versammlung erhebt sich entblößten Hauptes und singt „Deutschland, Deutschland über alles“. Febr. v. Wange nheim führt aus: „Wenn alle Vermögen ruiniert werden, wer soll dann die Steuern zahlen? Wir sind den Arbeitern in den Lohnfragen entgegengekommen. Aber eine Grenze muß das einmal haben. Unser Volk muß wieder erhdlich werden.“

Es folgen dann zahlreiche Ansprachen, u. a. besonders die des bekannten Kammerherrn v. Oldenburg-Jaunshau: „Deutsch-Westpreußen wird wieder aufstehen, ebenso auch Deutsch-Ostpreußen. Daß die Demokratie aber so stark hat werden und dem Heer der Dolk in den Rücken stoßen können, ist die Frucht des dreißigjährigen Nachgebens gegen das Parlament. Sie haben das Maß von Freiheit nicht verdient, das sie unter dem Kaiser hatten. Die Zwangswirtschaft der Regierung hat erst die Schweine ruiniert, dann die Kavallerie, dann den Rest der Zwangswirtschaft selber. Die Regierung hat die Erzeugung gehindert, zahlreiche Gesellschaften gegründet, die uns ausfaugen, die Landarbeiter unzufrieden gemacht, die Arbeitszeit verkürzt, das Streikrecht gegeben und so die Landwirtschaft immer mehr zugrunde gerichtet. Wir werden das Deutschtum wahren und wiederum die Monarchie aufrichten, die wir brauchen. Auch die sonstigen Reden waren beherrscht von der Lösung: „Für Kaiser und Reich, gegen Juden, Sozialisten und Zwangswirtschaft.“ Zuletzt wurde ein Entschluß in diesem Sinne angenommen.

Die Note an Holland.

Rotterdam, 18. Febr. Der „Nieuwe Courant“ berichtet ausführlich die neue Note an Holland und sagt, a.: Es wird unserer Regierung nicht schwer fallen, auf dieses Schreiben eine würdige Antwort zu geben. Wenn von gewisser Seite darauf spekuliert werden sollte, daß die Angelegenheit von dem Gebiete des tatsächlichen Rechts auf das Gebiet persönlicher Werturteile gebracht werden soll, dann müssen wir bemerken, daß diese Spekulation von vornherein zum Mißlingen verurteilt ist.

Rotterdam, 18. Febr. Der „N. Courant“ meldet, der holländische Staatsrat werde heute die Note des Bundesrats beraten. Der Rechtsausschuß der Kammer werde in Gutachten abgeben, daß der Uebertritt deutscher Staatsangehöriger nicht verhindert werden könne, solange nicht die Anklage öffentlich erhoben ist. Zahlreiche Personen, die auf der Auslieferungsliste stehen, haben in Holland Aufenthalt genommen.

Kabinettswechsel in Schweden.

Stockholm, 18. Febr. Die Zeitungen sagen für diese Woche einen Kabinettswechsel voraus. Das Kabinet ist von einer liberal-sozialistischen Koalition gebildet worden und später rein sozialistisch sein.

Prozess Cailaux.

Paris, 18. Febr. Gestern nachmittag begann vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat die Verhandlung gegen den früheren Minister Josef Cailaux. Cailaux ist angeklagt, von der Kriegserklärung an, namentlich in den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1917, sei es in Frankreich und besonders in Paris, sei es im Ausland gegen die äußere Sicherheit des Staats Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feind gesucht zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und dessen Alliierte zu begünstigen. Das Anklagematerial setzt sich aus 6—7000 einzelnen Beweismitteln zusammen. Der Prozeß wird sich wegen des ungeheuren Umfangs wahrscheinlich bis in den Juli hinziehen.

Wie ein internationales Schiedsgericht jetzt urteilt.

Paris, 18. Febr. Das internationale Schiedsgericht hat die von der deutschen Gesellschaft Mannesmann 1809 vom Sultan Mulay Hafid von Marokko erworbenen Bergwerksrechte für ungültig erklärt. Die Gesellschaft soll eine Abfindungssumme erhalten. (Das Schiedsgericht bestand aus dem französischen Gelehrten de la Fontaric, dem norwegischen Minister Granun und dem deutschen Legationsrat Pabel. 1809 war Marokko noch unabhängig.)

Meinungen Churchills.

Amsterdam, 18. Febr. Churchill sagte in einer Rede in Dundee: Unser Interesse war es, in Rußland eine Regierung zu sichern, die sich nicht in den Händen der Deutschen befindet. Deutschland soll auch nicht in die Arme Rußlands getrieben werden. So bald wie möglich müsse ein Friede mit der Türkei geschlossen werden, der nicht die Gefühle aller Mohammedaner bei Welt gegen England verleihe.

Eine neue bolschewistische Republik?

Kopenhagen, 18. Febr. Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet wurde, die mit Sowjetrußland einen Bundesbund geschlossen habe. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrowski ernannt.

Helsingfors, 18. Febr. Wie hier verlautet, hat die polnische Regierung der lettischen mitgeteilt, daß Polen wahrscheinlich Ende nächster Woche die Friedensverhandlungen mit Räterußland beginnen werde.

Berlin, 18. Febr. Die Reichsregierung wird mit dem Sowjetrußland Viktor Kopp in Verhandlungen über die deutschen und russischen Kriegsgefangenen eingetreten.

Die Reichsregierung hat der deutschen Industrie freigestellt, mit russischen Wirtschaftsverbänden unmittelbare Beziehungen aufzunehmen. (In Kopenhagen finden gegenwärtig Verhandlungen der Verbandsmächte mit Vertretern der Moskauer Regierung statt. Die deutsche Reichsregierung hat die amtliche Befestigung abgelehnt.)

Mazedonien gegen Smyrna.

Bern, 18. Febr. Wie die Genfer Blätter melden, beabsichtigt die Türkei, Mazedonien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, daß Smyrna bei der Türkei verbleibt. Venizelos soll diesen Vorschlag angenommen haben.

Die deutschen Landfrauen.

Berlin, 18. Febr. Die Tagung des Bundes der deutschen Landfrauen ist heute eröffnet worden. Die Begrüßungsrede der Gräfin v. Schwerin-Löwisch schloß mit einem warmen Ausruf an alle Landfrauen, auch in diesem Sommer hungernden und elenden Stadtkindern ihr Haus zu öffnen.

Entwichen.

Berlin, 18. Febr. Die im Hochverratsprozeß Joen zu je 5 Jahren Festung verurteilten Spartakisten Weiland und Schneider sind aus der Festung Wilhelmshaven entwichen.

Die Polen in Oberschlesien.

Berlin, 18. Febr. Aus Oberschlesien laufen andauernd Klagen ein über das herausfordernde Verhalten der polnischen Truppen und der Militärgerichte. Es scheint, daß sie die deutsche Bevölkerung zu Gewalttaten reizen wollen.

Berlin, 18. Febr. In der gestrigen Tagung des Bundes der Landwirte richtete Freiherr von Wangenheim an die Berufsgenossen die Aufforderung, größten Eiferwillen in der Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu betätigen. Was irgend entbehrt werden könne, müsse der Gesamtheit zugeführt werden.

Aus der Schwerindustrie.

Berlin, 18. Febr. In der gestrigen Generalversammlung der Ver. Königs- und Laurahütte wurde die Kapitalerhöhung auf 24 Millionen Mark einstimmig genehmigt. — Generaldirektor Geheimrat Hilger teilte mit, daß sich der Betrieb der Gruben, abgesehen von den Arbeitsverhältnissen, ohne Schwierigkeit abspiele und daß eine nicht unerhebliche Steigerung der Produktion eingetreten sei. Für Oberschlesien könne der Sozialbundes-

tag vorläufig nicht in Frage kommen, weil dies bis Ende nicht erlauben würden. Die Häften seien auf lange Zeit ausverkauft. Der Erzbedarf sei bis weit in den Herbst hinein sicher gestellt. Der Auftragsbestand habe die unerhörte Höhe von 262 Millionen Mark erreicht und es sei fast ein Kunststück, keine neuen Aufträge hereinzunehmen. Die Leistungen der Belegschaften besserten sich langsam, aber dauernd. Das Ergebnis für das laufende Jahr dürfte aller Voraussicht nach besser als das vorherige ausfallen.

Vereinigung Bayerns und Koburgs.

München, 18. Febr. Der Staatsvertrag über die Vereinigung Koburgs mit Bayern ist in München von den Vertretern der beiden Regierungen unterzeichnet worden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Paris, 18. Febr. In Saarbrücken und Saarburg wurden Kundgebungen gegen die Besetzung und die französische Militärverwaltung veranstaltet. Französische Truppen säuberten die Straßen. Das „Echo de Paris“ verlangt strenge Maßnahmen gegen die deutsche „Reaktion“.

In verschiedenen eifrigen Städten macht sich eine Bewegung gegen die französische Herrschaft bemerkbar. Viele Personen wurden verhaftet.

Feststellung der Entschädigungsansprüche.

London, 18. Febr. Die Verbandskonferenz hat beschlossen, die Sachverständigen der Verbündeten nach Paris zu berufen, um die Erstattungsansprüche festzustellen, die von Deutschland in einer Frist von drei Monaten zu fordern sind. Außer den Zahlungen in Gold, die auf eine Reihe von Jahren verteilt werden, soll eine Liste von Waren aufgestellt werden, die ausschließlich an die Verbündeten zu liefern sind. Die Rohstoffe dazu sollen Deutschland geliefert werden. Geldvorschüsse an Deutschland wurden abgelehnt, dagegen will man ihm Arbeitsgelegenheit verschaffen.

Wieder ein Wechsel in der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 18. Febr. Jonart hat die Leitung der Wiedergutmachungskommission niedergelegt. Die Mitglieder meinten, der nun aus dem Amt scheidende Präsident Poincaré wäre der richtige Mann für die Wiedergutmachung.

Der Widerspruch des „Affizierten“.

Washington, 18. Febr. Reuters meldet, die Note des Vizepräsidenten an den Dreierat besage, die Vereinigten Staaten werden sich nicht länger mit europäischen Angelegenheiten beschäftigen, wenn die Adriatfrage von den Alliierten über den Kopf Amerikas weg erledigt würde. Die Vereinigten Staaten würden energig gegen die Zurückziehung ihrer Unterschrift unter dem Vertrag von Versailles in Erwägung zu ziehen.

Wiedereinführung der Rationierung in Italien.

Mailand, 18. Febr. Nach dem „Avanti“ hat der Ministerrat beschlossen, die im Krieg eingeführte Rationierung wiederherzustellen. Es werden deshalb für die notwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Teigwaren, Getreide, sowie für Kohle im ganzen Land wieder Karten ausgegeben.

Abschiedsbotschaft Poincarés.

Paris, 18. Febr. In den gestrigen Sitzungen der Kammer und des Senats wurde die Abschiedsbotschaft des Präsidenten Poincaré verlesen. Es heißt darin, Deutschland habe Frankreich gegenüber Verpflichtungen übernommen. Frankreich müsse ihre Ausführung sicherstellen. Deutschland habe versprochen, sich nicht mehr gegen die Ruhe Europas zu bewaffnen. Frankreich müsse darüber wachen, daß Deutschlands Entwaffnung verwirklicht werde. Frankreich müsse von Deutschland verlangen, daß es das Uebel wieder gut mache, das es angerichtet habe. Vereint im Krieg, sei Frankreich unbefleglich gewesen; vereint in der Friedensarbeit werde es bald wieder durch rastlose Tätigkeit sich die Bewunderung der Welt erobern.

Das böse Syrien.

Büch, 18. Febr. Nach einer Meldung der „N. Züricher Ztg.“ dauern die Kämpfe der Araber gegen die Franzosen in Syrien fort. Die Stadt Alexandrien mußte von den französischen Truppen geräumt werden. In Damaskus fanden große Kundgebungen für die Unabhängigkeit Arabiens statt.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Febr. (Aus dem Volksschulsausschuß.) Am Dienstag begann der Volksschulsausschuß die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Abänderung einiger Bestimmungen der Schulgesetze. Es wurde u. a. die Entschädigung Dr. Hartenstein (Dem.) angenommen: Das Staatsministerium zu ersuchen, in den Ausführungsbestimmungen für solche Gemeinden, in denen der Art. 2 noch nicht durchgeführt wird, das Recht der Gemeinden auf Aenderung im Sinne des bisherigen Art. 5 Abs. 2 festzuhalten. — Abgelehnt wurden folgende Anträge: 1. Der Antrag Immanuel Herrmann u. Gen. (S.): Ob und was für einen Religionsunterricht ein Kind besuchen soll, wird durch eine Willensklärung; desjenigen festgesetzt, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. 2. Der Antrag Löcher (Dem.): Der Religionsunterricht wird nach den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft von der durch die Oberkirchenbehörden hierfür bezeichneten Geistlichen oder anderen für diesen Unterricht besonders ausgebildeten Personen erteilt. Wenn und soweit ein Bedürfnis dafür vorliegt, können damit von den zuständigen Schulbehörden auch Lehrer beauftragt werden, die zur Erteilung dieses Religionsunterrichts oder des dazu gehörigen Gesangunterrichts befähigt und bereit sind. In übrigen wurde Art. 1 und 2 einstimmig angenommen. — Stuttgart, 18. Febr. (Kirchenopfer.) Das Kirchenopfer am Landesbanktag — 22. Februar — ist in sämtlichen evang. Kirchen des Landes für die deutschen evang. Flüchtlinge aus dem Elsaß und den baltischen Ostseeprovinzen sowie für die Zweite Weltkriege in der Heimat bestimmt.

Stuttgart, 18. Febr. (Untergewicht des Brotes.) Die Polizei hat eine durchgreifende Nachschau in den hiesigen Bäckereien in Bezug auf das Gewicht der Haus- und Kleinbrote, sowie auf die Herstellung unerschalteter Backwaren vorgenommen. Es ergaben sich 87 zum Teil sehr erhebliche Beanstandungen. Die Fälle sind sämtlich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Bei einer Anzahl von Betrieben kommt auch Schleichung in Betracht.

Stuttgart, 17. Febr. (Um die Mostpreise.) Der Stuttgarter Wirtverein und der Landesverband der Wirte Württembergs haben an den Landtag eine Eingabe wegen Erhöhung der Mostpreise gerichtet. Die Preise für Obst seien nirgends eingehalten worden, nicht einmal von der Landesversorgungsstelle. Die Höchstpreise für Most seien ungerechtigt. Die Erhöhung im November vorigen Jahres genüge nicht.

Leonberg, 18. Febr. (Pferdediebstahl.) Aus der Bierbrauerei Wiedmaier in Magstadt wurde in letzter Woche ein wertvolles Pferd gestohlen.

Zuttligen, 18. Febr. (Schwerer Einbruch.) Bei der Federwarenfabrik Emil Buchholz wurde eingebrochen und Oberlederhäute und Damastiefel im Wert von 10 000 Mark gestohlen.

Schwemmingen, 18. Febr. (Todesfall.) Im Alter von 30 Jahren verschied gestern Direktor Erich Kienzle, Mitinhaber der bekannten Uhrenfabriken.

Mittach, O.V. Leutkirch, 18. Febr. (Kirchendiebstahl.) In der Nacht zum Montag wurden in der hiesigen Kirche zwei Messgewänder von bedeutendem Wert, sowie das Heiligölgefäß u. a., aus dem Tabernakel der Speisekammer gestohlen.

Baden.

Karlsruhe, 18. Febr. Der Haushaltausschuß des Landtags bewilligte den Lustusetat. Als Donation des Erzbistums wurden 33 300 Mk. für das Domkapitel und als Beitrag zu den Kosten der Erzdiözese 18 500 Mk. bewilligt. Die sog. Mittelglieder entfielen sich der Zustimmung. Ebenso wurde bei Stimmabgabe der Soz. ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 1 735 100 Mark zur Gewährung von Teuerungszulagen an Geistliche aller Bekenntnisse bewilligt. Ein demokratischer Abg. nahm sich der israelitischen Religionslehrer an. Die Anforderungen für die Hochschulen wurden bewilligt. Nur die Position zur Einrichtung eines Koststiftes für die Studentenschaft der Universität Freiburg blieb ausgefallen, da ein Mitglied der Zentrumspartei Bedenken gegen diese Forderung geltend machte.

Zur Beschaffung von Zuchtstengeln wird die Regierung 150 000 Mark bereit stellen.

Karlsruhe, 18. Febr. Einen guten Fang machte ein Kellner des hiesigen Hauptbahnhofes, dem ein jugendlicher Gast mit der schuldigen Begehr durchgegangen war. Der Kellner entdeckte den Schlingel in der Nähe des Stadtgartens, doch konnte dieser seine Schuld nicht begleichen, da er keinen Pfennig Geld hatte. Die Polizei, welcher der Fehdrecker daraufhin übergeben wurde, stellte fest, daß er in Pforzheim 1120 Mk. entwendet hatte und bisher vergeblich gesucht wurde. Den gestohlenen Betrag hatte das Fräulein bis auf den letzten Pfennig verjubelt.

Karlsruhe, 18. Febr. Es ist in Aussicht genommen, unter der Beteiligung der Städte, der Siedelungs- und Landbank und des Verbands gemeinnütziger Bauvereine eine „Gemeinnützige Bauhilfs-Gesellschaft m. b. H.“ zu gründen, der die Beschaffung von Baumstoffen obliegt. In der Gesellschaft wird sich die bad. Regierung mit einem Betrag von 100 000 Mk. beteiligen.

Mannheim, 18. Febr. Gestern abend 11 Uhr verlegte der 25jährige Tagelöhner Richard Lau man n seine Geliebte, die 19jährige Arbeiterin Katharina Fuchs mit dem Messer nieder. Der Täter sollte darauf von vier Schupplentzen festgenommen werden. Darauf begann einer seiner zahlreichen Begleiter, die eine drohende Haltung gegen die Polizei annahm, mit dem Revolver zu schießen. Schupmann schloß wurde in den rechten Oberarm getroffen. Laumann und seine Genossen entliefen.

Mannheim, 18. Febr. Eine außerordentliche Hauptversammlung der Rheinischen Automobil- und Motorenfabrik Benz u. Cie. A.-G. in Mannheim beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 22 Millionen auf 33 Millionen Mk. und die Erhöhung des Obligationenkapitals von 10 Millionen auf 20 Millionen Mk. Geh. Rat Dr. Proffen teilte mit, daß die Arbeiterzahl um 20 Prozent zugenommen, die Zahl der fertiggestellten Wagen um einen noch höheren Prozentsatz gestiegen ist. Die Lohnsumme erhöhte sich um 250 Prozent.

Heidelberg, 18. Febr. Am nächsten Samstag werden die Schüler des Gymnasiums aller Klassen einen altgermanischen Frühlingsbrauch begehen. Man wird ein Fastnachtsfest einzuländen, wie dies noch im südlichen Schwarzwald am Fankensontag, dem ersten Fastensontag, üblich ist.

Malsch (Amt Wiesloch), 18. Febr. Ein Mädchen aus Kirchheim bei Heidelberg, die mit einem hiesigen 19-jährigen Burschen eine von den Eltern verbotene Bekanntschaft hatte, trank Lysol und starb an den erhaltenen Verletzungen. Der Bursche, welcher ebenfalls Lysol, aber nur sehr wenig zu sich genommen hatte, sollte in Heidelberg, wohin er sich ins Geschäft begeben hatte, verhaftet werden. Im Laufe des Montags hat er sich erhängt.

Neul, 18. Febr. In Windschlag wurde ein Schweinehändler mit einem Wagen von Schweinen, die er nach Straßburg durchschmuggeln wollte, abgefaßt und nach Offenburg verbracht. — Wie die „Keller Ztg.“ meldet, wurden in Saargemünd mehrere Personen verhaftet, als sie 450 Kilogramm deutsches Silbergeld aus den besetzten Gebieten einführen wollten.

Waldorf, 18. Febr. Zu der Ermordung des Kaufmanns Johann Maurer wird mitgeteilt, daß seine Ehe-

frau im Spital untergebracht und sein Schwager verhaftet worden ist.

Engen, 18. Febr. Wie die „Eingener Nachrichten“ mitteilen, hält ein Regierungsvertreter zur Zeit Besprechungen mit den an der Bahnlinie Engen — Stockach interessierten Gemeinden über den Bahnbau ab. Die Bahn soll über Neuhausen, Ehingen, Rach, Egelingen, Ursingen und Renzingen gehen. In der Gegend des Wasserburgertales ist die Errichtung einer Holzverarbeitungsanlage geplant.

Salem bei Ueberlingen, 18. Febr. In den Räumlichkeiten des ehemaligen Cistercienserklosters Salem wird im Frühjahr eine Mittelschule (Privatlehranstalt) eröffnet werden. Prinz Max von Baden hat sich bereit erklärt, die Kosten für die Schule zu tragen, die in späteren Jahren zu einer neunklassigen Mittelschule ausgebaut werden soll.

Lachende Erben?

Folgender, der Wirklichkeit entstammende Fall wird mitgeteilt: In den ersten Tagen dieses Jahres erbte ein hervorragender Großindustrieller mit Hinterlassung eines Vermögens von 20 Millionen Mark, welches an seine Erben, drei großjährige Kinder, fällt, was er in den Jahren 1914 bis 1. April 1915 davon Millionen zuerworben hatte, so gingen von der Erbschaft vorweg an Kriegsteuer für 1914 ab: 333 000 Mk., so daß nur 15 667 000 Mk. verblieben — eine an und für sich auch noch schöne Summe. Der die Schmelze folgte bald in Gestalt des am 31. Dezember 1915 fällig gewordenen Reichsnotopfers, welches sich nach Par. 24 des Tariffs auf 11 834 550 Mk. kauft; und den Nachschuß fernerhin belastet. Es bleibt demnach noch 3 832 450 Mk. als Erbschaft, gemindert zunächst durch die Nachlasssteuer von 1 54 622 Mk., so daß der reine, auf die drei Erben entfallende Nachschuß 3 677 828 Mk., oder für jeden der Erben 1 225 942 276 Mk. beträgt. Hiervon gehen für jeden von ihnen die Erbschaftsteuer mit 231 060 Mk. ab und, da die Erben auch eigenes Vermögen besitzen, nach Par. 28 des Erbsch.-St.-G. noch weitere 100 Prozent gleich 31 060 Mk., so daß sich der Vermögenszuwachs eines jeden auf 767 156 Mk. reduziert. Durch diesen Zuwachs erhöht sich weiterhin schon im ersten Besitzjahre die Einkommensteuer nach dem bereits zur Verfügung stehenden Reichseinkommensteuergesetz Par. 20 um ungefähr 50 Prozent des Einkommens hiervon, was der Erbenbindung halber auf ungefähr 17 156 Mk. angesetzt werden soll, so daß jedem Erben zunächst etwa 750 000 Mk. als Erbteil verbleiben werden. Hiervon dürften sobald die noch bevorstehende Reichsvermögenssteuer, ferner entweder die Sparksteuer (3—10 Prozent), oder die Aufwandsteuer (3—30 Prozent) abfallen, so daß auch dieser Nettobetrag noch eine entsprechende Verringerung erfahren wird.

Heimkehr der Gefangenen. Nach französischer Meldung sind bis zum 13. Februar 144 Züge mit Gefangenen nach Deutschland abgegangen. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen die Kranfentransporte.

Reichsschulsausschuß. Ende dieses Monats wird der Reichsschulsausschuß wieder in Berlin zusammentreten und in vorberatender Weise zu folgenden Beratungsgegenständen Stellung nehmen: Umgestaltung der Rechtschreibung, Aufhebung des Einjährigenzeugnisses, dienstliche Stellung der verheirateten Lehrerin, Zulassung von Ausländern zu deutschen Schulen und Hochschulen, Fortbildungsschulen u. a.

Billige Orangen. Ein Händler in Waldorf in Bayern verkaufte das Stück Orangen für vier Pfennig, allerdings nicht um Eisen- oder Papiergeld, sondern nur um vier Kupferpfennige. Da ein Pfennig Kupfer im freien Handel mit 20—25 Pfennig Papiergeld gewertet wird, kam er auf seine Rechnung.

Warnung vor Eheschließungen. Das Darmstädter Wohnungsamt wendet sich gegen die in letzter Zeit „überhandnehmenden Eheschließungen“. Das Wohnungsamt redet den Eheschließenden, die Heirat wollen, ins Gewissen, die Sache noch einmal gründlich zu überlegen, ob es auch wirklich nötig sei. Es müsse mit Sorge erwogen, daß sich, unbekannt mit den Verhältnissen, die Eheschließungen von jungen Leuten von Woche zu Woche mehrten. Im Jahre 1919 fanden vor dem Darmstädter Standesamt 1200 Eheschließungen statt. In vielen Fällen waren die jungen Männer kaum mündig und die Frauen noch nicht volljährig. Wohnungen konnten nicht nachgewiesen werden, die Ehepaare fanden meist Unterkunft bei den Eltern. Das geht eine Zeitlang; wenn sich Kinder einstellen, werden die Zustände unerträglich und dann beginnt die Jagd nach der Wohnung. Es muß daher jungen Leuten, für die eine zwingende Notwendigkeit zur Eheschließung nicht vorliegt, dringend empfohlen werden, bis zu einer Besserung der Verhältnisse zu warten. In diesen Fällen hat der Ehemann noch keine Existenz, die es ihm ermöglicht, eine Familie zu ernähren. Es ist aber eine sittliche Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, erst dann eine Familie zu gründen, wenn man auch in der Lage ist, sie aus eigener Kraft zu erhalten. Beim Wohnungsamt gehen täglich 15 bis 20 Besuche von Leuten ein, die erst jetzt heiraten wollen. Diese Besuche können in absehbarer Zeit keine Veränderung finden.

Humoristisches.

Die Kopfarbeit. „Das laudumme G'schwaß allweil, von die Kopfarbeiter! Was mia wenn ma mit'n Kopfarbeiter! Was sollt' das amal oana macha, a so a Kopfarbeiter!!! Mit sein' Kopf!!! (Jugend.)“

Vermischtes.

Eine deutsche Antwort. Die Firma G. Knapp u. Cie. in Pfullingen erhielt aus Frankreich einen Auftrag zur Lieferung von Waren. Die Firma antwortete sie lehne die Geschäftsverbindung ab, solange Frankreich auf der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger beharrt.

Zabelhafte Pelzpreise. Bei der von der Fürstlich Fürstentumlichen Jaldernverwaltung in Donaueschingen abgehaltenen öffentlichen Versteigerung von Wildfellen, zu der sich zahlreiche Liebhaber aus nah und fern eingefunden hatten, wurden geboten: für Marderfelle bis zu 2855 Mk., für Iltis bis zu 725 Mk., für Dachis 275 Mk., für Schwarzlagen 80 und 85 Mk., für Schwarzwaldschäfer 810 Mk., für Biesel 885 Mk.

Ein irreführender Transport Erzgebirgskinder. Daß ein ganzer Transport Kinder mit samt der Führung, die zur Erholung nach Baden bestimmt waren, auf irrtümliche Weise in die Pfalz geleitet wurde, dürfte nicht jeden Tag passieren. Der pfälz. Korrespondent der „R. Bad. Vdsztg.“ weiß darüber zu berichten: 16 Kinder im Alter von etwa 7-13 Jahren, die aus dem Erzgebirge stammen und nach Landau bei Wertheim bestimmt waren, trafen statt in Landau in Landau in der Pfalz ein. Die Kinder waren bereits seit zwei Tagen unterwegs und mußten sogar in Ludwigshafen, wo kein Anschluss nach Landau mehr zu erreichen war, eine ganze Nacht bleiben. Am nächsten Tage kamen sie dann in Landau an, wo kein Mensch wußte, was sie in Landau wollten. Nach und nach klärte sich dann der Irrtum auf. Die Stadtverwaltung Landau hatte mit Unterstützung der Franzosen den armen Kleinen am Bahnhof je gut es ging rasch eine warme Mahlzeit verabreichen lassen, jedoch die Fahrt nach zwei Stunden nach dem richtigen Ort Landau in Baden fortgesetzt werden konnte. Die Kinder samt der Führung waren für die gütliche kurze Aufnahme äußerst dankbar. Ein Herr spendete sogar 100, ein anderer 20 Mark, was mit großer Freude angenommen wurde.

Amerikanische Lebensmittel. Vor einigen Tagen trat in Hamburg ein amerikanisches Segelschiff ein, das nach den Schiffspapieren Speck und Konerven geladen hatte. Nachdem die erste Schicht abgepackt war, kam darunter eine große Ladung von Branntwein zum Vorschein. Da in den Vereinigten Staaten seit dem 1. Juli v. J. der Verkauf von Trinkbranntwein verboten ist, wird die übrige Welt und, wie aus der Sendung hervorgeht, auch Deutschland mit amerikanischem Schnaps versorgt. Dazu haben wir aber unsere paar Groschen eigentümlich doch nicht. Es läge im öffentlichen Interesse, zu erforschen, wohin der Branntwein gekommen ist.

ep. Landesrat. In der Amsterdamer Tageszeitung „Das Allgemeine Handelsblatt“ findet sich in riesengroßem Format folgende Anzeige: „Große deutsche Nachlassverwaltung, im Besitz außerordentlich wertvoller, haareiser Grundstücke in Berlin, Frankfurt am Main, Mannheim, Chemnitz, Kassel, wünscht dieselben (Millionen-Objekte) ganz oder verteilt zu veräußern. Seltene Gelegenheit für Interessenten, durch Ausnutzung gegenwärtiger Valuta wertvollste Objekte zu einem Bruchteil des Sachwerts zu erwerben. Interessenten wenden an 81 501 Exp. Handelsblatt.“ — Jede Bemerkung ist überflüssig!

Der Kaiserfilm. Ein ehemaliger Schauspieler namens Bonn in Berlin hatte bekanntlich einen Film herstellen lassen, in dem der frühere Kaiser Wilhelm II. in jeder Weise verächtlich gemacht wurde. Auf Einvernehmen des Kaisers wurde die Verbreitung des Films zunächst verboten und das Gericht hat jetzt entschieden, daß alle Exemplare des Films und die Vorrichtungen zur Vertriebsfertigung zu vernichten sind. Der Staatsanwalt bezeichneter da? Unternehmen Bonn als eine niedrige Geldschmuggerei.

Ein Prozeß um ein Denkmal Kaiser Wilhelms I. vor dem Rathaus in Bielefeld, der seit sieben Jahren schwebt, ist nunmehr in erster Instanz vom Landgericht Bielefeld zugunsten der Stadt entschieden worden. Zu dem Denkmal, das am 1. August 1907 in Gegenwart des Kaisers und drei seiner Söhne enthüllt wurde, war Bardiglio-Marmor verwandt worden, der nach den Bestimmungen der Schöpfer des Denkmals sehr weif sein sollte. Im Gegenjatz hierzu hat sich

das Material als sehr empfindlich gegenüber den Witterungsverhältnissen erwiesen. Es traten sehr bald Risse, Sprünge und Abbröckelungen ein, die in absehbarer Zeit zu einem völligen Auseinanderfallen des Denkmals führen müßten. Die Stadt Bielefeld strengte nunmehr Klage an mit dem Antrag auf Zurücknahme des Denkmals und Rückzahlung der dafür bezahlten 50 000 Mk. Nach langwierigen Vergleichsverhandlungen erkannte das Landgericht jetzt, daß die Schöpfer das Denkmal als unbrauchbar zurückzunehmen und 30 000 Mk. zurückzuzahlen hätten.

Admiral Knorr †. Im Alter von 80 Jahren ist in Berlin Admiral von Knorr gestorben. Knorr, ein hervorragender Marineoffizier, bestand am 9. November 1870 vor Havanna den siegreichen Kampf des feiner Führung anvertrauten Kanonenbootes „Meteor“, gegen den französischen Aviso „Douve“. Dieser Kampf war bekanntlich das einzige Seegefecht im damaligen Krieg.

Das Ende der bayerischen Briefmarken. Am 1. April sollen mit dem Uebergang der bayerischen Post in das Reich die bayerischen Postwertzeichen aller Ausgaben außer Geltung treten und durch Postwertzeichen der Reichspost ersetzt werden.

„Sittliche Lebensstunde“ für Religion. Der Magistrat von Lichtenberg (Berlin) beabsichtigt, von Ostern ab in den Schulen als freiwilliges Lehrfach die „sittliche Lebensstunde“ statt des Religionsunterrichts einzuführen.

Einen verzeichnachten Rheingewinn erzielte im Geschäftsjahre 1919 mit 2 488 892 (268 145) Mark die Badener Lederfabrik und verteilte demgemäß eine erhöhte Dividende von 40 Prozent (10 Proz.) obwohl sich die Linsen bedenklich vergrößerten. Gleichzeitig erhaschten die Arbeiter als Gewinnbeteiligung eine Vergütung von mindestens je 300 Mark.

Diebstahl. In der Maximilianskirche in München wurden die Orgelpfeifen gestohlen.

BetriebsEinstellung. Die Dresdener Zigarettenfabriken haben als Protest gegen die neue Zigarettensteuer der Arbeiterschaft am 1. März gestreikt. Die übrigen Fabriken werden sich, wie es heißt, dem Borgehen anschließen, wenn keine Einigung erzielt wird.

Deutscher Flach nach Böhmen. tschechoslowakische Flachspinnerverband unterhalten in Berlin wegen Lieferung deutschen Flachses, der in der Tschechoslowakei verarbeitet werden soll. Ein Viertel des eingeführten und verarbeiteten Flachses soll gegen Bezahlung in der Tschechoslowakei bleiben. — Daraus geht hervor, daß es auch den Tschechen an Rohstoffen und Arbeitsgelegenheit mangelt.

Teure Anleihe. Die Londoner „Daily Mail“ meldet, von Amerika sei Rumänien eine Anleihe von 16 Millionen Goldmark angeboten worden. Dafür verlangen die Amerikaner das Recht, die rumänischen Erdoilquellen 60 Jahre lang auszubenutzen.

Aus dem Zeitungsgewerbe. Der sächsische Zeitungsvorleger-Verband beschloß, die Bezugsgebühren um 50 und die Anzeigengebühren um 25 Prozent zu erhöhen. Zugleich wurde gegen eine Verordnung des Demobilisationskommissars Widerspruch erhoben, durch welche die Anzeigen für Stellenangebote und Stellengesuche in den Zeitungen fast ganz unmöglich gemacht werden.

Keine Funkenfeuer. Das Stadtschultheißenamt in Laupheim hat das Sammeln von Holz zum Abbrennen der bekannten Funkenfeuer wegen der Brennholznot verboten.

Die englische Wareneinfuhr nach Deutschland belief sich im Jahr 1919 dem Wert nach auf 14,5 Millionen Pfund Sterling, die deutsche Ausfuhr nach England betrug 1 Million Pfund.

Sinkende Fleischpreise in Amerika. Wie der „New York Courant“ aus New York meldet, ist die amerikanische Fleischausfuhr infolge des Stands der Wechselkurse zum Stillstand gekommen. Hierdurch ist in Amerika ein starkes Fallen der Fleischpreise verursacht worden.

Zur Ernährungszfrage. Ein Ritter muß sicher schreibt dem „Vorwärts“: Wir brauchen vor allem Kohlen. Ohne Kohlen können wir nicht drehen. Das

Getreide verkauft in den Schobern und wird von den Mäusen gefressen. Sodann aber muß die Landwirtschaft vor Streiks und ähnlichen Betriebsstörungen bewahrt bleiben. — In Baden trafen vor einigen Tagen aus Norddeutschland einige Eisenbahnwagen ein, die bestelltes Stroh bringen sollten. Es waren aber Garben mit der vollen Frucht. Die norddeutschen Landwirte waren wegen Kohlen- und Leutenmangels nicht imstande gewesen, ihre Garben auszudrechen und mußten sie als Stroh verkaufen.

Der Kokainismus. In der „D. Med. Wochenschrift“ wird darauf hingewiesen, daß die Volksmenge des Kokainismus (das Kokain ist bekanntlich ein narkotisches Gift, ähnlich wie das Morphium, seine Wirkungen sind aber noch schrecklicher) in Groß-Berlin immer weiter um sich greift. Das verderbliche Kokain wird von gewissenlosen Drogeristen und Apothekern in verhältnismäßig großen Mengen zu unerhörten Wucherpreisen abgegeben, vielfach aus Gewinnabsicht mit Boräure oder Novokain gesüßert. Aber auch von Straßenverkäufern kann man solches „gestrecktes“ Kokain nachts in beliebiger Menge kaufen, ferner von Angestellten der Hotels, Gastwirtschaften und anderer Lokale. Die Käufer sind meist Leute jeden Standes im Alter von 20 bis 30 Jahren und gewisse weibliche Personen. Die Wirkung der zunehmenden Verbreitung des Kokains kann man bereits äußerlich im Straßenbild Berlins wahrnehmen, denn der körperliche und geistige Verfall der Kokainsüchtigen ist ein sehr rascher.

Der Schalttag. Die wenigsten Leute wissen, daß der Schalttag tatsächlich auf den 24. Februar fällt. Schon im alten Rom wurden, um das Mondjahr, das 355 Tage zählte, mit dem Sonnenjahr in Einklang zu bringen, nach unserem 23. Februar alle zwei Jahre abwechselnd 22 oder 23 Tage eingeschaltet. Dieser Schaltmonat, zu welchem man noch die letzten fünf Tage des Februars hinzurechnet, hieß Mercedonius von merces „Lohn“, vielleicht daher, daß die Pächter, deren Zahlungen im März, mit dem das Jahr begann, fällig wurden, durch jenen Monat noch eine Frist erhielten. Caesar, der Neuordner des römischen Kalenders, nahm, wie bekannt, sein Sonnenjahr, das nach ihm später Julianisches Jahr hieß, zu 365 Tagen an. Dem Ueberschuß, den er auf rund 6 Stunden annahm, wurde er durch eine alle vier Jahre eintretende Schaltung von einem Tag gerecht. Dieser Schalttag wurde ebenso, wie früher der Schaltmonat, hinter unserem 23. Februar eingeschoben. Nach der römischen Datierung wird, wie man gleichfalls weiß, von den festen Monatsagen: den Kalenden, Nonen und Iden zu dem nächstvorhergehenden besonders benannten Tage rückwärts gezählt. Anfangs- und Endtag miteinerechnet. Nach dieser Fählung war der 24. Februar der dies sextus kalendas Martius (VI. Kal. Mart.). In Schaltjahren nun wurde dieser Tag doppelt gezählt, und der eingeschobene Tag hieß daher bis sextus. Noch heute nennt der Franzose danach diesen Schalttag bissexto und das Schaltjahr année bissextile. Im Mittelalter, so die Tagesbezeichnung zumeist nach Fest- oder Heiligentagen erfolgte, wurde gleichfalls der 24. Februar als Schalttag betrachtet und der Tag des Hl. Matthias, dessen Märtyrertag sonst an diesem Datum gefeiert wurde, in Schaltjahren auf den 25. Februar verlegt, so auch im Jahr 1920. Die Datierung nach fortwährenden Monatsagen von 1 bis 28, 29, 30 oder 31 tritt übrigens im Abendland schon im 6. Jahrhundert auf; in der deutschen Reichskanzlei erscheint sie erst seit Heinrich VI., d. h. mit Ende des 12. Jahrhunderts. Die Kalenderreform Gregors XIII. von 1582 hat an der Datierung des Schalttags nichts geändert, den man also allgemein für den 24. Februar annehmen kann.

— **Vorsicht!** Dienstmädchen aus Württemberg, die eine Stellung in der Schweiz suchen, tun gut daran, sich zuvor bei der Geschäftsstelle des Mädchenschutzvereins Stuttgart, Weihenburgerstraße 13, zu erkundigen.

— **Verkäufte Briefmarkenpreise.** In Berlin wurden unlängst erzielt: für den Fehldruck einer Wolsbau-Marke (1862) Mk. 80 000, für Rumänien Nr. 1 Mk. 40 500, Rumänien Nr. 2 Mk. 17 500, Rumänien Nr. 4 Mk. 14 000. Im selben Verhältnis bezahlten Händler und Sammler Schweizer Kantonalmarken, ebenso Marken früherer deutscher Staaten, z. B. Sachsen Nr. 1 Mk. 11 200.

Bekanntmachung.

Die Pferdebesitzer welche ihre Rechnung von den letzten Futtermittel noch nicht bezahlt haben, haben dieses umgehend zu besorgen andernfalls 50 Pf. Eingangsgebühren erhoben werden.

Stadt. Wehl- und Futtermittelabgabestelle.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns Verwandte, Freunde und Bekannte, insbesondere unsere werten Schulkameraden und Schulkameradinnen, anlässlich unserer am Samstag, den 21. Februar stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Eisenbahn“ freundlich einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung betrachten zu wollen.

Heinrich Röth,
Frida Ruch.

Kirchgang 1 Uhr vom Gasthaus z. Hirsch.

Neuheit!

Schärfer für Futterschneidmaschinenmesser ohne abzuschrauben. :: Schärfer von Messern von andern Maschinen :: Schärfer von Messern jeder Art :: Schärfer von Sensen ohne vom Worb abzunehmen.

Erfolg großartig und dauernd. Geeignete Personen zum Vertrieb gesucht. Verdienst gut. :: Nähere Auskunft erteilt G. Faas, Villa Tannenburg, Wildbad

Geschäfts-Drucksachen jeder Art

— liefert schnellstens — die Wildbader Verlagsdruckerei. Tel. 33

Calmbach, Ein guterhaltener

Anzug

für 14 bis 15 jährigen Jungen ist zu verkaufen.

Näheres bei Friedrich Dürr, Colwerstr. 274.

2 Treppenleitern, mit 6 und 7 Stufen, verkauft

Fritz Krauß, Wilhelmstraße 148.

Kaufe dauernd Hühner zahl höchste Preis. Dornbach, Adm. Süß 54, Regulusstraße 68.

Große elektr.

Stoffschirm-Lampe

komplett, umzugsalber preiswert zu verkaufen. Näheres Rennbach 150 p

2 guterhaltene polierte

Nachttische

sind zu verkaufen Wilhelmstr. 88 II.

15-20 Mark

garantiert, täglichen Verdienst für Zeden, Leichte, saubere und angenehme Hausarbeit. Kein Wiederverk. Entfernung gleich. Adresse erbeten an: Namensartenverlag J. Wachs & Co. Schöfer, Chemnitz, Peterstr. 9.

Insereate

haben in dieser Zeitung besten Erfolg!

2 große Tische

zu kaufen gesucht. Näheres in der Expedition.

U. S. P.

Ortsgruppe Wildbad.

Samstag abend 1/8 Uhr

Versammlung

im Lokal z. „Bad. Hof“. Der Vorstand.

2-3000 Mk.

sind gegen 1. Hypothek sofort auszuleihen.

Zu erfragen in der Exped.

10-15 Mark

garantiert täglicher Verdienst; kein Wiederverkauf, nur häusliche Arbeit für jedermann.

— Bitte um Adresse. — Stimmerlarten-Zentrale R. Bach, Chemnitz, Verchenstr. 1.